

Fachtagung

Menschenrechte in Mexiko: Rolle der Zivilgesellschaft und internationale Verantwortung

Donnerstag, 12. September bis Freitag 13. September 2024



Urheber/in: Sandra Suaste Ávila/Red TDT. All rights reserved

Tagungsmappe

Inhalt

Hintergrund.....	1
Ausstellung „Zehn Jahre nach dem Verbrechen: Die offene Wunde von Ayotzinapa.....	2
Programm	3
Referent*innen.....	7

Fachtagung

Menschenrechte in Mexiko: Rolle der Zivilgesellschaft und internationale Verantwortung

Donnerstag, 12. September bis Freitag 13. September 2024

Hintergrund

Die umfangreichsten Wahlen in der Geschichte Mexikos sind beendet: Am 2. Juni haben die Mexikaner*innen über politische Ämter und Mandate auf allen staatlichen Ebenen entschieden und ein neues Staatsoberhaupt gewählt. Mit Claudia Sheinbaum von der Regierungspartei Morena wird am 1. Oktober zum ersten Mal eine Frau die mexikanische Präsidentschaft antreten. Auf sie warten große politische Herausforderungen: Die Menschenrechtslage der zweitgrößten Volkswirtschaft in Lateinamerika bleibt schlecht. Das Land hat eine der höchsten Gewalttaten weltweit und Straflosigkeit ist weit verbreitet. Mehr als hunderttausend Menschen gelten als verschwunden – wobei nur ein Bruchteil der Fälle überhaupt an die Behörden gemeldet wird.

Im internationalen Vergleich ist Mexiko eines der gefährlichsten Länder für Journalist*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und Umweltverteidiger*innen. Im Kampf gegen die organisierte Kriminalität und zur Verteidigung der öffentlichen Sicherheit setzt die Regierung auf das Militär. Dessen Aufgabenbereiche und Befugnisse werden immer weiter ausgebaut, während die Zivilbevölkerung Gewaltübergriffen und Vertreibung durch kriminelle Gruppen und Kartelle schutzlos ausgeliefert ist. Gleichzeitig bremst die Regierung die mexikanische Zivilgesellschaft in ihrem unermüdlichen Engagement für die Verbesserung der Menschenrechte aus. Menschenrechtsverteidiger*innen, Betroffene von Menschenrechtsverletzungen und deren Angehörige sowie Menschenrechtsorganisationen werden zur Zielscheibe von öffentlichkeitswirksamer Verleumdung.

Die verheerende Menschenrechtslage steht in einem starken Kontrast zur aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung: In der derzeitigen weltpolitischen Lage wird Mexiko als Standort für Investoren aus Deutschland und der Europäischen Union zunehmend interessant. Inzwischen sind 2.100 deutsche Firmen in Mexiko ansässig. Diese Unternehmen tragen eine besondere Verantwortung, was die Einhaltung von Menschenrechts- und Umweltstandards, Lieferkettensorgfalt und die Gewährleistung fairer Arbeitsbedingungen betrifft.

Vor diesem Hintergrund fragen wir: Was bedeutet Menschenrechtspolitik in Mexiko heute? Welche Auswirkungen hat die fortschreitende Militarisierung auf die Menschenrechtslage in Mexiko? Was ist nötig, um zivilgesellschaftliches Engagement zu schützen sowie zu stärken und die anhaltende Straflosigkeit zu überwinden? Welchen Stellenwert hat die mexikanische Menschenrechtspolitik in den Beziehungen zu Deutschland und Europa?

In einer gemeinsamen Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung und der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko analysieren wir aktuelle Entwicklungen, den beharrlichen Einsatz der mexikanischen Zivilgesellschaft und die Rolle Deutschlands und Europas.

Zu Paneldiskussionen, Fishbowl-Runden und Workshops sind am 12. und 13. September 2024 zahlreiche mexikanische Gäste und politische Akteur*innen aus Deutschland und Europa in die Heinrich-Böll-Stiftung eingeladen. Auftakt- und Abschlusspanel werden live gestreamt.

Menschenrechte in Mexiko

Oganisation: Heinrich-Böll-Stiftung und Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko – ein Netzwerk von Lateinamerika-Hilfswerk Adveniat, Amnesty International Deutschland, Brot für die Welt, CAREA, Initiative Mexiko (Hamburg), México vía Berlín, Mexiko Initiative (Köln/Bonn), Misereor, Missionsprokur der deutschen Jesuiten, Franziskaner Helfen, Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit, Pacta Servanda, Partner Südmexikos e.V., pax christi Kommission Eine Welt, Peace Bridges International deutscher Zweig, Promovio, Welthaus Bielefeld, Zapapres.

Information:

Mareike Bödefeld, Referat Lateinamerika, Heinrich-Böll-Stiftung

boedefeld@boell.de

Françoise Greve, Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko

greve@mexiko-koordination.de

Ausstellung „Zehn Jahre nach dem Verbrechen: Die offene Wunde von Ayotzinapa

Am 26. September 2014 verschwanden in der Stadt Iguala, im mexikanischen Bundesstaat Guerrero, 43 Studenten des ländlichen Lehramtseminars von Ayotzinapa. Ein Jahrzehnt später ist ihr Schicksal weiterhin unaufgeklärt und es herrscht Straflosigkeit für das Verbrechen. Angesichts des zehnten Jahrestags erinnern die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko und die Heinrich-Böll-Stiftung mit einer Ausstellung an die Verschwundenen und den jahrelangen Kampf ihrer Angehörigen für Aufklärung und Gerechtigkeit.

Die Ausstellung wird vom 12. September – 9. Oktober 2024 in den Räumlichkeiten der Heinrich-Böll-Stiftung zu sehen sein.

Programm

Donnerstag, 12. September 2024, Heinrich-Böll-Stiftung

17:30 **Anmeldung**

18:00 **Begrüßung und Willkommen in der Heinrich-Böll-Stiftung**

Dr. Imme Scholz - Vorständin der Heinrich-Böll-Stiftung

Françoise Greve - Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko

18:15 **Auftaktpanel: Menschenrechte in Mexiko im Jahr 2024**

Mexiko hat gewählt: eine neue Präsidentin, ein neues Parlament, und zahlreiche lokale und regionale Ämter und Mandate. In Hinblick auf die schwierige Menschenrechtslage steht die neue Regierung vor großen politischen Herausforderungen. Was von ihr in Hinblick auf die Menschenrechts-, Sicherheits- und Außenpolitik zu erwarten ist und welche Rolle die mexikanische Zivilgesellschaft dabei in den nächsten Jahren spielen wird, diskutieren:

María Luísa Aguilar Rodríguez, Centro de Derechos Humanos Miguel Agustín pro Juárez (Centro Prodh)

Dr. Carlos Pérez Ricart, Centro de Investigación y Docencia Económicas (CIDE)

MdB Nicole Westig (FDP), Stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss

Barbara Lochbihler, Mitglied UN-Ausschuss gegen das Verschwindenlassen

Moderation: **Florian Huber** (Leiter des Büros Mexiko-Stadt der Heinrich-Böll-Stiftung)

19:45 **Empfang**

21:00 **Ende des ersten Tages**

Freitag, 13. September 2024, Heinrich-Böll-Stiftung08:30 **Anmeldung**09:00 **Einführung in den Tag****Julia Scherf**, Heinrich-Böll-Stiftung**Françoise Greve**, Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko09:30 **PARALLELE FISHBOWLS:****Fishbowl 1: Anerkennung und Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen:
Zwischen Rechten und Realität**

Die Arbeit von Menschenrechtsverteidiger*innen, Umweltschützer*innen und Journalist*innen ist in Mexiko mit erheblichen Risiken verbunden. Von der Regierung wird das Problem nur unzureichend anerkannt, während öffentliche Diffamierungen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen zugenommen haben. Wie können diese besser geschützt werden? Wie steht es um den staatlichen Schutzmechanismus und welche selbstorganisierten Mechanismen gibt es? Welche Rolle kommt der internationalen Gemeinschaft dabei zu? Diese und weitere Fragen möchten wir gemeinsam diskutieren mit:

María Eugenia Gabriel Ruiz, Red Solidaria de Derechos Humanos de Michoacán**Lucía Lagunes**, Comunicación e Información de la Mujer, Cimac**Dr. Carlos Ogaz**, Centro de Derechos Humanos Fray Bartolomé de Las Casas**Víctor Hugo López Rodríguez**, Red Todos los Derechos para Todas, Todos y Todes (RedTdT)Moderation: **Laura Kühn** und **Manuel Jabonero** (Peace Brigades International)09:30 **Fishbowl 2: Krise durch Straflosigkeit**

Die weitreichende Straflosigkeit in Mexiko hat vielfältige Ursachen: Korruption ist verbreitet, die organisierte Kriminalität übt Einfluss auf Teile von Politik, Staat und Behörden aus, und die Justiz ist institutionell überfordert. Die Konsequenzen sind verheerend - sowohl für die öffentliche Sicherheit als auch für Betroffene und deren Angehörige. Wie kann dieser Kreislauf der Gewalt durchbrochen werden? Inwiefern lassen sich strukturelle Fortschritte bei der Suche nach über 114.000 Verschwundenen ausmachen? Welche best practices gibt es auf bundesstaatlicher Ebene bei der Zusammenarbeit zwischen Familien, Zivilgesellschaft und Justiz? Welchen konkreten Beitrag kann die deutsche und internationale Zusammenarbeit mit Mexiko hier leisten?

María Luisa Aguilar Rodríguez, Centro de Derechos Humanos Miguel Agustín pro Juárez, Centro Prodh**María Alejandra Nuño Ruiz Velasco**, Instituto Tecnológico y de Estudios Superiores de Occidente, ITESO Guadalajara**Maximilian Murck**, Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen**Francisco González Arredondo** (digitales Grußwort), ehemaliger Sonderstaatsanwalt für Menschenrechtsverletzungen und gewaltsames Verschwindenlassen, ChihuahuaModeration: **Franziska Wild** (Brot für die Welt) und **Mareike Bödefeld** (Heinrich-Böll-Stiftung)

11:15 **Kurze Pause**

11:30 **Workshop 3: Zwischen Kartellen und Karossen: Wirtschaft und Menschenrechte**

Das Lieferkettengesetz und der Unabhängige Beschwerdemechanismus der Automobilindustrie sind zwei wichtige Werkzeuge, mit denen die Menschenrechte im wirtschaftlichen Bereich geschützt werden sollen. Aber: Wie erfahren Betroffene von deren Existenz? Und welchen Risiken setzen sich jene Menschen aus, die diese Mechanismen nutzen wollen? Haben Menschenrechte in einem von der organisierten Kriminalität beherrschten Umfeld überhaupt eine Chance? Welche Verpflichtungen hat die Wirtschaft und welche Optionen hätte sie?

Workshop mit:

Eduardo Mosqueda, Tsikini

Dominique Eckstein, Partner Südmexikos e.V.

Ingrid Heinlein, Neue Richter*innenvereinigung e.V.

Sarah Guhr, coordinadora de la sociedad civil en los diálogos sectoriales del NAP, Germanwatch

Moderation: **Dr. Christiane Schulz** (Beraterin Menschenrechte)

11:30 **Fishbowl 4: Wem und wozu dient das Militär?**

Unter der Präsidentschaft von Andrés Manuel López Obrador wurden die Befugnisse und Aufgabenbereiche des Militärs in den letzten sechs Jahren weiter ausgeweitet. Welche Auswirkungen haben die Militarisierung der Sicherheitspolitik und die zunehmende Macht des Militärs in strategischen Bereichen auf die Menschenrechte? Wie müsste eine Sicherheitspolitik aussehen, die die Macht der Kartelle bekämpft und gleichzeitig die Menschenrechte schützt?

Darüber diskutieren wir mit:

María Luisa Aguilar Rodríguez, Centro de Derechos Humanos Miguel Agustín Pro Juárez

Dr. Carlos Pérez Ricart, Centro de Investigación y Docencia Económicas (CIDE)

Dr. Carlos Ogaz, Centro de Derechos Humanos Fray Bartolomé de Las Casas

Moderation: **Rodolfo Aguirre Reveles** (Büro Mexiko-Stadt der Heinrich-Böll-Stiftung)

13:00 **Mittagspause**

14:30 **World Café**
Rolle der mexikanischen Zivilgesellschaft

Zahlreiche Organisationen der mexikanischen Zivilgesellschaft erhofften sich mit der Wahl des Präsidenten Lopez Obrador vor sechs Jahren Fortschritte der Regierung in der Menschenrechtspolitik und im Umgang mit zivilgesellschaftlichen Akteuren. Tatsächlich sahen sich viele NGOs in den vergangenen Jahren massiver Kritik, darunter öffentlichen Diffamierungen seitens des Präsidenten, ausgesetzt. Dieser behandelte insbesondere die Organisationen aus dem progressiven Spektrum und Menschenrechts- sowie Umweltschutzorganisationen als Störfaktoren gegenüber seiner Politik. Wie wird derzeit die Beziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen zu relevanten Regierungsstellen bewertet? Welche Hoffnungen setzen die NGOs auf die neue Präsidentin und ihre Regierung?

Welche Strategien haben mexikanische zivilgesellschaftliche Akteure für die Zukunft entwickelt? Welche Rolle sollte und könnte die internationale Gemeinschaft einnehmen?

Dr. Carlos Ogaz, Centro de Derechos Humanos Fray Bartolomé de Las Casas

María Alejandra Nuño Ruiz Velasco, Instituto Tecnológico y de Estudios Superiores de Occidente, ITESO Guadalajara

María Eugenia Gabriel Ruiz, Red Solidaria de Derechos Humanos de Michoacán

Rodolfo Aguirre Reveles, Büro Mexiko-Stadt der Heinrich-Böll-Stiftung

Moderation: **Julia Scherf** (Heinrich-Böll-Stiftung)

16:00 **Kaffeepause**

16:30- **Abschlusspanel**

18:00 **Menschenrechte in Mexiko stärken – Herausforderungen und Erwartungen an die deutsche und europäische Politik**

Für europäische Staaten ist Mexiko ein wichtiger Partner in der Region. Gleichzeitig sind Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung. Welche Herausforderungen und Perspektiven ergeben sich daraus für die internationale Zusammenarbeit? Welche Erwartungen zur effektiven Verbesserung der Menschenrechtssituation hat die mexikanische Zivilgesellschaft an Deutschland und die EU in ihren Beziehungen zu Mexiko? Welche Herausforderungen sind dabei zu bewältigen?

Darüber diskutieren:

Lucía Lagunes, Centro de Comunicación e Información para la Mujer - CIMAC

Victor Hugo López Rodríguez, Red Todos los Derechos para Todas, Todos y Todes (RedTdT)

María Alejandra Nuño Ruiz Velasco, Instituto Tecnológico y de Estudios Superiores de Occidente, ITESO Guadalajara

Dr. Rudolf Teuwsen, Referatsleiter 303 Grundsätze der Zusammenarbeit mit Lateinamerika und der Karibik; Mexiko, BMZ

MEP Anna Cavazzini, Bündnis 90 / Die Grünen

Moderation: **Françoise Greve** (Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko)

Referent*innen

Dr. Carlos Ogaz arbeitet für das Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de Las Casas und leitet dort die Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Systematisierung und Advocacy. Er hat einen Dokortitel in Sozialanthropologie und einen Master in politischer Soziologie. Seine Spezialgebiete sind Gewalt, Menschenrechte, indigene Völker und Binnenvertreibung.

Dr. Carlos Pérez Ricart ist Dozent für Internationale Beziehungen am Centro de Investigación y Docencia Económicas (CIDE). Zuvor hat er an der Universität Oxford und der Freien Universität Berlin gelehrt und geforscht. Als Experte ist er Teil der mexikanischen Wahrheitskommission zur Aufklärung der schweren Menschenrechtsverletzungen, die im Schmutzigen Krieg zwischen 1965 und 1990 begangen wurden.

Eduardo Mosqueda setzt sich als Anwalt seit 13 Jahren für die Verteidigung der Menschenrechte im Westen Mexikos ein. Als Umwelt- und Klimarechtler vertritt er Gemeinden, die von Umweltverschmutzung und Klimafolgeschäden betroffen sind. Er ist gegenwärtig Geschäftsführer der Menschenrechtsorganisation Tsikini.

Francisco González Arredondo ist Jurist und Universitätsprofessor. Als erster Sonderstaatsanwalt für Menschenrechtsverletzungen und Verschwindenlassen in Chihuahua (2018-2021) leitete er die Untersuchung und Verfolgung von Fällen des gewaltsamen Verschwindenlassens. Er gründete die lokale Kommission für die Suche nach Personen und führte in enger Zusammenarbeit mit zivilen Menschenrechtsorganisationen Strafverfolgungsstrategien und Priorisierungskriterien für die wirksame Verfolgung von Fällen ein.

Lucia Lagunes ist Direktorin der Menschenrechtsorganisation Comunicación e Información de la Mujer (CIMAC) und der Nachrichtenagentur CimaNoticias. Seit 33 Jahren arbeitet sie als feministische Journalistin und lehrt Journalismus an der Journalist*innenschule Carlos Septién García und der Cátedra Miguel Ángel Granados Chapa. Sie ist Mitglied im Beirat des mexikanischen Schutzmechanismus für Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen.

María Alejandra Nuño Ruiz Velasco ist Rechtswissenschaftlerin. Als Anwältin und spätere Direktorin des Programms für Zentralamerika und Mexiko des Zentrums für Justiz und Internationales Recht (CEJIL) vertrat sie Opfer von Menschenrechtsverletzungen vor der Interamerikanischen Kommission und dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte. Sie war Direktorin des Centro Universitario por la Dignidad y la Justicia „Francisco Suárez, SJ. Aktuell ist sie Akademikarin am Instituto Tecnológico y de Estudios Superiores de Occidente, ITESO in Guadalajara.

María Eugenia Gabriel Ruíz ist Rechtswissenschaftlerin und Sozialanthropologin. Schwerpunktmäßig engagiert sie sich für die Rechte indigener Völker, die politische Teilhabe indigener Frauen und den Schutz der natürlichen Ressourcen in Anbetracht der zunehmenden Ausbreitung des Bergbausektors und des Anbaus von Monokulturen im Bundesstaat Michoacán. Aktuell ist sie als Anwältin der Red Solidaria de Derechos Humanos de Michoacán tätig.

María Luisa Aguilar Rodríguez ist Koordinatorin der internationalen Aktivitäten des Menschenrechtszentrums Miguel Agustín Pro Juárez (Centro Prodh). In den vergangenen 14 Jahren hat sie in Mexiko an der Entwicklung und Umsetzung nationaler und internationaler Advocacy-Strategien mitgewirkt, insbesondere in Fällen Gewaltsamen Verschwindenlassens, sexueller Folter von Frauen und zu den Rechten indigener Völker.

Rodolfo Aguirre Reveles ist Koordinator für Demokratie und Menschenrechte im Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Mexiko-Stadt. Er hat einen Abschluss in Wirtschaftswissenschaften und ein Masterstudium in Internationalem Business an der Nationalen Autonomen Universität von Mexiko absolviert. Er hat für zivilgesellschaftliche Organisationen zu Themen der öffentlichen Politik, Menschenrechten und den Auswirkungen des Freihandelsabkommens zwischen Mexiko und der Europäischen Union gearbeitet.

Menschenrechte in Mexiko

Victor Hugo López Rodríguez ist Kommunikationswissenschaftler und gegenwärtig Geschäftsführer des zivilgesellschaftlichen nationalen Menschenrechtsnetzwerks “Todos los Derechos para Todas, Todos y Todas” (Red TDT) welches aus 87 mexikanischen Organisationen besteht. Er ist Vorstand der zivilgesellschaftlichen Organisation Aluna Acompañamiento Psicosocial, der Kommission zur Unterstützung der Einheit und der Versöhnung von Gemeinden (Coreco). Außerdem ist er Mitglied im Beirat des Schutzmechanismus für Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen in Mexiko.

Anna Cavazzini ist seit 2019 Abgeordnete für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament. Ihr Schwerpunkt liegt auf nachhaltiger und gerechter Globalisierung sowie Wirtschaftsbeziehungen. Außerdem kämpft sie für die Einhaltung von Menschenrechten in Lieferketten. Früher arbeitete sie im Auswärtigen Amt und in New York im Kabinett des Präsidenten der 70. UNO-Generalversammlung für nachhaltige Entwicklungsziele.

Barbara Lochbihler ist seit 2019 Mitglied des UN-Ausschusses gegen das gewaltsame Verschwindenlassen. Sie ist ehemalige Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland (1999 – 2009) und war von 2011-2014 Mitglied des Europäischen Parlaments (2011-2014). Schwerpunkte ihres beruflichen und ehrenamtlichen Engagements sind Frauenrechte, das Problem der Straflosigkeit schwerer Menschenrechtsverletzungen und die Rechte von Migrant*innen und Geflüchteten.

Dominique Eckstein hat über zehn Jahre in Lateinamerika gelebt. Sie hat sich im Studium und in ihrer Arbeit auf die Rechte von Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen spezialisiert. In Argentinien und Mexiko hat sie mit von Bergbau betroffenen Gemeinden gearbeitet und diese bei der Einforderung ihrer Rechten unterstützt. In Deutschland ist sie in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit zum Lieferkettengesetz und zu Klimagerechtigkeit tätig.

Ingrid Heinlein ist Vorsitzende Richterin am Landesarbeitsgericht a.D. und Sprecherin der Fachgruppe Internationales der Neuen Richter*innen Vereinigung. Seit ihrer Pensionierung ist sie Rechtsanwältin in der Anwaltskanzlei Windirsch, Brischgi und Wilden und bearbeitet unter anderem Angelegenheiten nach dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz.

Maximilian Murck ist Wirtschaftswissenschaftler. Er leitet das Projekt „Identifizierung von Personen in Mexiko“ des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, das Mexiko bei der forensischen Identifizierung von Verschwundenen unterstützt.

Nicole Westig studierte Romanistik, Hispanistik und Öffentliches Recht. Anschließend war sie für den Bundesverband der mittelständischen Wirtschaft sowie im Landtag Nordrhein-Westfalen tätig. Im Deutschen Bundestag ist sie Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, sowie stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und im Ausschuss für Gesundheit. Außerdem ist sie Vorsitzende der Deutsch-Französischen Parlamentariergruppe.

Dr. Rudolf Teuwsen ist Leiter des Referats 303 "Grundsätze der Zusammenarbeit mit Lateinamerika und der Karibik; Mexiko" im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Zuvor leitete er das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Guatemala und Honduras.

Sarah Guhr ist Referentin bei Germanwatch und dort vor allem zuständig für die Koordination der Zivilgesellschaft in den Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (NAP)-Branchendialogen mit der Automobil- und Energiewirtschaft. Gemeinsam mit Partner*innen aus Mexiko hat sie seit 2020 an dem Aufbau eines unternehmensübergreifenden Beschwerdemechanismus der deutschen Automobilindustrie in Mexiko mitgewirkt, der im Mai gestartet ist: der *Mécanismo de Reclamación de Derechos Humanos*.